

PRODOSH AICH

Die parteipolitische Situation in Indien

I

Politische Parteien sind ein relativ junges Phänomen in der Geschichte. Man spricht von politischen Parteien und weiß auch, was damit gemeint ist. Aber es ist außerordentlich schwierig, genau zu definieren, was eine politische Partei eigentlich ist. In den politischen Wissenschaften ist man noch nicht zu einer allgemein gültigen Definition für die politischen Parteien gelangt. Für die nachfolgenden Ausführungen ist eine solche Definition auch nicht unbedingt erforderlich. Dennoch müssen wir einige Merkmale der politischen Parteien festhalten, die allgemein akzeptiert werden.

Bei politischen Parteien handelt es sich in jedem Fall um Organisationen politisch weitgehend gleichgesinnter Menschen, die im Gegensatz zu den Pressure Groups poli-

DIE PARTEIPOLITISCHE SITUATION IN INDIEN

tische Macht anstreben. Diese Organisationen haben bestimmte Ziele und auch bestimmte Vorstellungen darüber, wie ihre Ziele durch eine von ihnen gebildete Regierung verwirklicht werden sollen. Der Charakter der Partei hängt davon ab, innerhalb welcher sozialen Situation sie entsteht.

Zum Verständnis der heutigen parteipolitischen Situation in Indien ist es zunächst notwendig, zu untersuchen, seit wann in Indien Organisationen mit den eben erwähnten Merkmalen existieren und unter welchen sozialen Bedingungen sie entstanden sind.

II

Die erste überregionale Organisation, die in dem damaligen Britisch-Indien gegründet wurde, war der *Britisch-Indische Verband* von 1851. Seine Mitglieder waren Angehörige der indischen Oberklasse. Das Ziel dieses Verbandes war die Beseitigung von lokalen Mißständen sowie die Stärkung der eigenen Machtposition in den lokalen Verwaltungen. Sein Ziel war nicht, Einfluß auf die Regierungspolitik zu erlangen oder gegebenenfalls selbst die Regierungsmacht zu übernehmen. Der Britisch-Indische Verband war also eine Art Pressure Group, die in erster Linie ihre eigenen Interessen vertrat, und zwar die der indischen Oberklasse.

1875 gründeten Angehörige derselben Schicht den *Indischen Verband*, weil ihnen der Horizont des Britisch-Indischen Verbandes zu eng erschien. In ihren Zielen unterschieden sich die beiden Verbände nicht wesentlich. Auch der Indische Verband blieb mehr oder weniger eine Pressure Group. 1885 entstand aus dem Indischen Verband der *Indische Nationalkongreß*, der von 1947 bis heute die Regierungspartei Indiens ist.

Kann man aber den Indischen Nationalkongreß von 1885 bis 1947 als eine Partei bezeichnen? Auf diese Frage soll später näher eingegangen werden, denn die Unabhängigkeit Indiens und die Entstehung anderer Parteien in Indien ist eng mit der Geschichte des Indischen Nationalkongresses verbunden. Zuvor soll noch jene politische Organisation erwähnt werden, die ebenfalls bereits vor der Unabhängigkeit Indiens entstand. Das ist die *Moslemliga*, die auf religiöser Basis gegründet wurde, da die meisten Schlüsselpositionen im Indischen Nationalkongreß von Angehörigen der größten religiösen Gruppe Indiens, den Hindus, besetzt waren. Die Moslemliga nahm am Unabhängigkeitskampf nicht teil; ihrem Wesen nach war sie eine Pressure Group, die die Interessen der Moslems vertrat. Die Geschichte dieser Partei gibt wenig Aufschluß über die politische Situation in Indien, so daß sie in den folgenden Ausführungen unberücksichtigt bleiben kann. Nur eines muß an dieser Stelle festgehalten werden: Der Indische Nationalkongreß hatte unter den Moslems nicht nur einen beträchtlichen Anhängerkreis, auch führende Persönlichkeiten des Kongresses waren Moslems, wie *Abul Kalam Azad*, der mehrere Jahre Präsident des Indischen Nationalkongresses gewesen ist. Auch *Mohammed Ali Dschinnah* hatte im Kongreß eine führende Position inne. Später übernahm er die Führung der Moslemliga, und bis zu seinem Tode war er der erste Gouverneur-General von Pakistan.

Der Indische Nationalkongreß war nach englischem Muster organisiert und wurde in seiner Arbeit auch zunächst von sehr vielen Engländern unterstützt. Seine Mitglieder waren nach englischem Vorbild ausgebildete Rechtsanwälte, Ärzte, Lehrer und Journalisten. Wie schon aus der Berufszugehörigkeit hervorgeht, handelte es sich hauptsächlich um städtische Intellektuelle. Aufgrund ihrer Erziehung und Herkunft waren sie der breiten Masse, die meist ländlich ist, sehr weit entfremdet. Berücksichtigt man dies, so wird deutlich, daß auch der Kongreß in seiner anfänglichen Phase eine Art Pressure Group war. Er vertrat vor allem die Interessen der städtischen Bevölkerung und wollte zu diesem Zweck mehr Einfluß auf die Kolonialregierung erlangen, ohne aber selbst die Regierungsgewalt anzustreben. Die Zusammenkünfte des Kongresses fanden in

PRODOSH AICH

Städten wie Kalkutta, Bombay, Delhi, Karatschi oder Madras statt. Diese Phase dauerte bis 1920.

Hier ist etwas Interessantes zu bemerken. Diese Städte, die alle erst während der Kolonialzeit gegründet wurden, waren später die Zentren der nationalen Bewegung gegen die Kolonialmacht. In diesen Gebieten hatte die Bevölkerung am frühesten und intensivsten Kontakt zu den Engländern und daher auch am meisten Gelegenheit gehabt, britische Organisationsformen kennenzulernen und zu übernehmen. Erst nach Aneignung dieser Technik wurde die nationale Unabhängigkeitsbewegung für die Kolonialmacht bedrohlich. Zwar hatte es davor schon, und zwar 1905 in Bengal, eine nationale Bewegung gegeben. Aber diese blieb, nicht zuletzt wegen der Sprachschwierigkeiten, auf Bengal beschränkt und konnte sich nicht auf ganz Indien ausbreiten.

Nach 1920 versuchte der Indische Nationalkongreß unter Führung von *Gandhi*, seinen Einfluß auf die ländlichen Gebiete auszubreiten. Das ist der Beginn der zweiten Phase in der Entwicklung des Kongresses. Erst jetzt wurde aus dem Kongreß eine nationale Bewegung, die nun auch nicht länger eine Bewegung der städtischen Intellektuellen blieb, sondern alle sozialen Gruppen einschloß. Auch in dieser Phase war der Indische Nationalkongreß noch keine Partei, obwohl er jetzt die Regierungsgewalt anstrebte, sondern vielmehr eine Plattform, auf der sich verschiedene Gruppen mit ganz unterschiedlichen politischen Interessen trafen, mit dem einen Ziel, Indien von der Kolonialherrschaft zu befreien. Wie heterogen der Kongreß war, geht aus dem folgenden Zitat eines ausländischen Beobachters hervor, der schrieb: „In der ganzen Welt wird es wahrscheinlich keine politische Organisation geben, die genauso ist wie der Indische Nationalkongreß. Er ist eine Sammlung fast aller Interessengruppen und aller Persönlichkeitstypen. Mitglieder dieser Organisation sind Millionäre, Fabrikarbeiter, Großgrundbesitzer, Landarbeiter, Kleinbauern, Mönche, Kriminelle, Professoren, Experten der auswärtigen Politik, Liberale, Anarchisten, fanatische Moslems und Hindus“¹⁾.

Innerhalb des Kongresses gab es, was die politischen Vorstellungen nach der Unabhängigkeit anbetraf, zwei Richtungen; die eine Gruppe wollte nach der Unabhängigkeit eine parlamentarische Institution einführen, während die andere Gruppe dagegen war. Die Heterogenität der Mitglieder ist nicht das einzige Indiz dafür, daß der Indische Nationalkongreß zu dieser Zeit noch keine politische Partei, sondern nur eine Plattform war, auf der sich die verschiedensten politisch interessierten Persönlichkeiten zusammenfanden. Ein Indiz dafür ist auch die Tatsache, daß sich im Kongreß verschiedene politische Gruppen bildeten, aus denen später selbständige politische Parteien hervorgingen. So z. B. die Kommunistische Partei, deren Mitglieder zum Teil während des Verbotes dieser Partei von 1924 bis 1943 im Kongreß mitwirkten. Auch die Socialist Party, die 1934 von einer Gruppe junger Kongreßmitglieder gegründet wurde, weil sie mit der Politik Gandhis unzufrieden waren, blieb bis zur Unabhängigkeit im Kongreß. Sie tat das, weil sie die nationale Unabhängigkeitsbewegung durch eine Spaltung nicht schwächen wollte, und auch, weil sie glaubte, mehr Einfluß auf den Kongreß ausüben zu können, wenn sie weiterhin im Kongreß blieb.

Die dritte und jetzige Phase des Indischen Nationalkongresses beginnt mit dem Jahre 1947. In diesem Jahr wurde Indien unabhängig, und damit fiel das gemeinsame Ziel fort, das die verschiedenen politischen Gruppen auf der Plattform des Indischen Nationalkongresses vereint hatte. Bis zur Unabhängigkeit stand es den Kongreßmitgliedern frei, auch anderen politischen Gruppen anzugehören. Aufgrund der Satzung, die sich der Kongreß nach der Unabhängigkeit gab, war es seinen Mitgliedern nun nicht mehr gestattet, neben der Mitgliedschaft im Kongreß auch noch Mitglied anderer politischer Organisationen zu sein. So spalteten sich verschiedene Gruppen, die sich bis

1) Indian Political Parties, by N. V. Rajkumar, New Delhi 1948, All India Congress Committee, S. 35.

DIE PARTEIPOLITISCHE SITUATION IN INDIEN

dahin innerhalb des Kongresses organisiert hatten, von diesem ab und gründeten selbständige Parteien. Im Indischen Nationalkongreß verblieben weitgehend politisch gleichgesinnte Menschen, und somit erfüllte der Kongreß erst von diesem Zeitpunkt an die Voraussetzungen, die an eine politische Partei allgemein gestellt werden. Der Indische Nationalkongreß übernahm die Regierungsgewalt und konnte nun die Verwirklichung seiner im Parteiprogramm formulierten Ziele in Angriff nehmen.

III

Die indischen Parteien haben also eine ganz andere Entwicklung durchgemacht als die Parteien in den europäischen Ländern. In Europa richtete sich der Kampf gegen die einheimische aristokratische Herrschaftsklasse und war bei Entstehung der Parteien in der Hauptsache ein Klassenkampf. In Indien dagegen richtete sich der Kampf nicht gegen eine herrschende Klasse, sondern alle indischen Klassen kämpften gemeinsam gegen die Fremdherrschaft. Nur dadurch war es ganz unterschiedlichen Gruppen möglich, sich gegen den gemeinsamen Feind zusammenzuschließen. Aber das ist noch nicht der Hauptunterschied.

Der Hauptunterschied ist vielmehr in der Zeit begründet. Politische Parteien, die heute neu entstehen, finden bereits fertig entwickelte Ideologien vor. Parteien, die im vorigen Jahrhundert gegründet wurden, mußten ihre Ideologien erst selber entwickeln und paßten sie dabei der Situation an. Es kann für eine neue Partei ein Vorteil sein, bereits fertige Ideologien vorzufinden. Es kann aber auch ein Nachteil sein, wenn eine Ideologie übernommen und auf eine Situation übertragen wird, ohne daß vorher erprobt ist, ob diese übernommene Ideologie auch der vorliegenden Situation entspricht.

In Europa wurde das allgemeine Wahlrecht erst nach und nach, und zwar nach langen und erbitterten Kämpfen eingeführt. Die politische Liberalisierung ging hier also sehr langsam vor sich. Die Menschen hatten so Zeit, sich der jeweiligen politischen Situation mit geringerer Mühe anzupassen. England ist das klassische Beispiel dafür, daß verschiedene Gruppen nacheinander in die Politik eintreten, zuletzt die Labour Party. In Indien dagegen, wie auch in vielen anderen erst vor kurzem unabhängig gewordenen Ländern, ist das allgemeine Wahlrecht unmittelbar nach der Unabhängigkeit eingeführt worden. Die verschiedenen Interessengruppen sind aber noch nicht der Zeit entsprechend organisiert, und die ganze soziale Struktur befindet sich in einem beschleunigten Wandlungsprozeß. Die Entwicklung der politischen Parteien ist in ihren Tendenzen noch immer unklar, und auch die Umstrukturierung der sozialen Schichten ist noch im vollen Gange. Das hat zur Folge, daß auch die kleinste Gruppe glaubte, ihre Interessen nur dann wirksam vertreten zu können, wenn sie eine eigene politische Partei gründete und durch ihre gewählten Kandidaten Einfluß auf die Regierungspolitik ausübte.

Ein anderer schwerwiegender Unterschied gegenüber den politischen Parteien in Europa besteht in der Tatsache, daß die indischen politischen Parteien ganz plötzlich die Regierungsmacht übernahmen und daher die allmähliche Anpassung der politischen Parteien an die völlig neue politische Situation ausfiel.

Das sind die Gründe dafür, daß in Indien innerhalb von zwei bis drei Jahren 14 politische Parteien auf nationaler Ebene und 51 politische Parteien auf regionaler Ebene neu gegründet wurden. Diese Parteien, die bei den ersten allgemeinen Wahlen von 1951 sich um die Wählerstimmen bemühten, lassen sich in vier Gruppen einteilen.

IV

Die erste Gruppe akzeptierte mehr oder weniger die Demokratie und den säkularen Staat. Das waren der *Indische Nationalkongreß*, die *Socialist Party*, die *Kisan Mazdoor Praja Party* und noch einige kleinere regionale Parteien.

PRODOSH AICH

Die zweite Gruppe lehnte den westlichen Typ der parlamentarischen Institution ab und plädierte für das sowjetische oder chinesische System. Das waren die *Communist Party of India* und noch einige linksmarxistische Parteien, wie die *Bolschewic Party of India*, die *Revolutionary Socialist Party*, die *Peasants and Workers Party* und andere.

Eine dritte Gruppe lehnte die beiden vorher genannten Systeme ab und suchte in der indischen Tradition nach einem neuen indischen System. Diese Gruppe übersah dabei völlig, daß die traditionelle lokale Selbstverwaltung der indischen Dörfer auf Prinzipien beruht, die ebenso die Prinzipien der heutigen Demokratie sind. Zu dieser Gruppe gehörten die hinduistischen Parteien, die *Jan Sangh*, die *Hindu Mahasabha* und die *Ram Rajya Parishad*.

Die vierte Gruppe verhielt sich gegenüber der Staatsform ziemlich gleichgültig. Sie bestand in der Hauptsache aus provinziellen und kommunalen Parteien, die ihrem Wesen nach eigentlich mehr Pressure Groups waren.

V

Nach der Unabhängigkeit sah sich der Indische Nationalkongreß einer ungeheuren Belastungsprobe ausgesetzt. Fast unvorbereitet mußte er die Regierungsgeschäfte übernehmen. Die erste große Belastung entstand durch die Teilung Britisch-Indiens in Pakistan und Indische Union, der furchtbare religiöse Auseinandersetzungen zwischen fanatisch gewordenen Hindus und Moslems vorausgingen. Zugleich mit der Teilung entstand das Flüchtlingsproblem. Fast zur gleichen Zeit brach der Kaschmirkonflikt aus und setzte die kommunistische Agitation ein. Außerdem, ergab sich für die indische Regierung das Problem, etwa 500 Fürstenstaaten, die gleichzeitig mit Pakistan und Indien unabhängig geworden waren, in die Indische Union zu integrieren. Die meisten dieser Fürstenstaaten waren so klein, daß sie keine reale Chance hatten, tatsächlich unabhängig zu sein. Aber aufgrund des Gesetzes waren sie souverän. Diese Situation konnte auf keinen Fall hingenommen werden, wenn das Ziel des Unabhängigkeitskampfes, die indische Nation, verwirklicht werden sollte.

Trotz dieser großen Belastungen funktionierte die neue indische Regierung, gestützt auf die äußerst fähige Verwaltung und auf die starke Armee, die von der früheren Kolonialmacht übernommen worden waren. Auch nach der Ermordung Gandhis war der Kongreß in der Lage, mit der kommunistischen Agitation fertig zu werden, das Flüchtlingsproblem — Indien mußte acht Millionen Flüchtlinge aus Pakistan aufnehmen — zu bewältigen, nach harten und langen Verhandlungen die Fürstenstaaten zu integrieren und, was für Indien besonders wichtig war, es konnte einen Krieg mit Pakistan wegen Kaschmir vermeiden. Die außerordentliche Leistung der Kongreßregierung wird erst deutlich, wenn man berücksichtigt, daß zur gleichen Zeit namhafte Persönlichkeiten den Kongreß verließen und eigene Parteien gründeten. Die sozialistische Gruppe des Kongresses gründete die *Socialist Party*, und namhafte Gandhianhänger gründeten verschiedene andere Parteien.

VI

Das Ausland verfolgt die ersten allgemeinen Wahlen in Indien (1951) mit großer Spannung. Es waren die größten Wahlen, die je in einer Demokratie abgehalten wurden. Zwar bestand kein Zweifel daran, daß der Indische Nationalkongreß unter Führung von *Neburu* als die stärkste Partei aus den Wahlen hervorgehen würde, nicht zuletzt deshalb, weil der Kongreß mit dem ersten indischen Fünfjahresplan als Parteiprogramm in den Wahlkampf ziehen konnte. Die große Frage war die, ob auch eine starke demokratische Opposition in Indien entstehen würde. Das Ausland interessierte am indi-

DIE PARTEIPOLITISCHE SITUATION IN INDIEN

schen Wahlkampf vor allem, ob in Indien ein Zweiparteiensystem wie in den Vereinigten Staaten und in England entstehen würde oder ein unstabiles Mehrparteiensystem wie in Frankreich oder ein stabiles Mehrparteiensystem wie in Schweden. Wie schon erwähnt, beteiligten sich 14 nationale Parteien und 51 regionale Parteien am Wahlkampf. Die Opposition war also von vornherein sehr gespalten. Außerdem kandidierten noch sehr viele Unabhängige.

Die Unabhängigen sind in der Tat ein Kuriosum in der indischen Parteipolitik. Was für Personen waren sie? Als Unabhängige kandidierten frühere Fürsten, die ihre Macht nach der Eingliederung in die Indische Union verloren hatten und auf diese Weise wieder Einfluß gewinnen wollten, Großgrundbesitzer sowie ausgeschiedene Kongreßmitglieder, die von der Kongreßpartei nicht nominiert worden waren, aber nominiert werden wollten, und auch Persönlichkeiten, die besonders in ihrem Wahlkreis bekannt waren.

Die *Sozialistische Partei* bemühte sich ohne Erfolg um einen Zusammenschluß mit der *Kisan Mazdoor Praja Party*. Die Führer der Kisan Mazdoor Praja Party waren ausschließlich frühere Anhänger Gandhis, die kurz vor den Wahlen aus dem Kongreß ausgeschieden waren und nun mit den Parolen Gandhis in den Wahlkampf zogen. Sie waren sich ihres Erfolges sehr sicher. Außerdem spielten bei der Ablehnung des Zusammenschlusses mit der Sozialistischen Partei persönliche Rivalitäten um die Führerschaft eine Rolle.

Das Ergebnis war, daß sie nur 5,8 vH der abgegebenen Stimmen und nur neun von den insgesamt 492 Parlamentssitzen erringen konnten. Die Sozialistische Partei erhielt 10,6 vH der Stimmen und zwölf Sitze im Parlament. Die Kongreßpartei gewann zwar nur 45 vH der Gesamtstimmen, aber 357 Sitze. Die Kommunistische Partei erhielt nur 3,3 vH der Stimmen, aber 23 Parlamentssitze. Die Unabhängigen und die Splitterparteien konnten 32,3 vH der Stimmen und 83 Parlamentssitze für sich gewinnen.

Eine wirksame Opposition war also nicht entstanden. Für die Kisan Mazdoor Praja Party war das Wahlergebnis natürlich sehr enttäuschend, und 1952 fand sie sich doch bereit, sich mit der Sozialistischen Partei unter dem Namen *Praja Socialist Party* zusammenzuschließen.

Bei den zweiten Wahlen (1957) ergaben sich keine wesentlichen Verschiebungen. Die neue Praja Socialist Party verlor 6,4 vH an Stimmen, und die Kommunistische Partei gewann 4,7 vH hinzu. Prozentual blieb die Kongreßpartei mit 48 vH der Stimmen an erster Stelle vor den Sozialisten mit 10 vH, der Kommunistischen Partei mit 9 vH und der Jan Sangh mit 6 vH. Sowohl stimmen- als auch sitzmäßig ging der Anteil der Splitterparteien und der Unabhängigen zurück, aber nicht in dem erwarteten Ausmaß. Sie erhielten 27 vH der Stimmen und hatten nunmehr 73 statt 83 Sitze im Parlament. Die Praja Socialist Party verlor zwei Sitze, und die Kommunistische Partei gewann vier Sitze hinzu.

Welche Partei nun in Indien die zweitgrößte Partei ist, ist etwas umstritten. Nach den für sie abgegebenen Stimmen ist die Praja Socialist Party die zweitstärkste Partei Indiens. Die Voraussetzung dafür, die Stärke einer Partei an den für sie abgegebenen Stimmen messen zu können, ist, daß diese Partei in allen Wahlkreisen Kandidaten zur Wahl stellt. Das hat aber nur die Kongreßpartei getan. Die Praja Socialist Party hat nur in 233 Wahlkreisen und die Kommunistische Partei nur in 133 von den insgesamt 494 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Sicher wären die Relationen anders, wenn alle drei großen Parteien in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hätten. Unter dieser Voraussetzung wäre auch der Stimmenanteil der Unabhängigen und der Splitterparteien zusammengeschumpft. Geht man nach der Zahl der Parlamentssitze, so war die

PRODOSH AICH

Kommunistische Partei nach den Wahlen von 1952 die zweitstärkste Partei und ist es auch nach den Wahlen von 1957 geblieben. Die Kommunistische Partei hat einige Hochburgen aufgebaut, ist aber noch keine nationale Partei geworden. Zwar ist die Praja Socialist Party auch keine nationale Partei, denn sie konnte auch nur in der Hälfte der Wahlkreise Kandidaten aufstellen, aber sie hat immerhin einen regional größeren Wirkungskreis als die Kommunistische Partei.

Stimmen- und Sitzverteilung nach den Unterhauswahlen von 1952 und 1957²⁾

Parteien	vH der abgeg. Stimmen		Sitze im Unterhaus	
	1952	1957	1952	1957
Indian National Congress (INC)	45,0	48	362	371
Socialist Party (SP) ³⁾	10,6	10	12	19
Kisan Mazdoor Praja Party (KMPP) ³⁾	5,8		9	
Communist Party (CPI)	3,3	9	23	27
Jan Sangh	3,1	6	3	4
Splitterparteien und Unabhängige	32,2	27	83	73
	100	100	492	494

VII

Die heutige Staatsform Indiens ist, von der Wirkung her gesehen, eine Art Einparteien-demokratie. Keine der drei vor den indischen Wahlen im Ausland diskutierten Möglichkeiten ist Wirklichkeit geworden. Es gibt weder ein Zweiparteiensystem noch ein stabiles Mehrparteiensystem, sondern ein Mehrparteiensystem, in dem eine Partei außerordentlich stark ist und eine stabile Regierung bildet, der die übrigen Parteien als zersplitterte Opposition gegenüberstehen. Mißt man die indische parteipolitische Situation nach dem hiesigen Maßstab, so mag es bedenklich erscheinen, daß es im indischen Parlament keine wirksame Opposition gibt. Die indischen Verhältnisse müssen aber mit dem indischen Maßstab gemessen werden. Die indische Einparteien-demokratie hat in der Situation, in der sich Indien gegenwärtig befindet, einen wesentlichen Vorzug. 1951/52 lief der erste indische Fünfjahresplan an. Ob in einem Parlament mit einer starken Opposition dieser Plan so schnell und reibungslos hätte durchgeführt werden können, ist sehr fraglich. Denn in einem Land mit so vielen Parteien und in dem fast 30 vH der Gesamtstimmen auf Unabhängige entfallen, ist eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition fast ausgeschlossen. Vieles wäre dadurch verzögert worden. In der Tat war der Kongreß bisher in der Lage, die politische Stabilität zu erhalten, und wird dazu auch noch weiter in der Lage sein, wenn die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin erfolgreich verläuft.

Worauf es wirklich ankommt, ist, daß diese Einparteienregierung, die eine Verfassungsänderung ohne weiteres durchführen könnte, immer noch eine demokratische Verfassung hat. Jede Oppositionspartei hat demnach die Möglichkeit, Wähler für sich zu gewinnen und eventuell auch die Regierung zu übernehmen.

2) Report of the First General Elections in India 1951—52, Volume II (Statistikai), New Delhi, Manager of Publications 1955, S. 11—12. — Report of the Second General Elections in India, Volume I (General), New Delhi, Election Commission India 1958, S. 88.

3) Im September 1952 schlossen sich SP und KMPP zur PSP zusammen.

DIE PARTEIPOLITISCHE SITUATION IN INDIEN

Zum Verständnis der politischen Situation in Indien muß noch folgendes erwähnt werden. In Indien zählen Erfolge im Wirtschaftsleben, im Sport oder im Film nicht. Eine nationale Figur kann man nur auf der politischen Ebene werden. Für das Prestige jedes einzelnen Inders war das Mitwirken im Unabhängigkeitskampf sehr wichtig. Diese Prestigestruktur ist auch nach der Unabhängigkeit unverändert geblieben. Die indischen Eltern sind deshalb daran interessiert, ihre Kinder akademisch ausbilden zu lassen, um ihnen auch den Weg in die Politik zu ermöglichen. Das Resultat ist, daß in Indien einerseits Mangel an Facharbeitern und an Menschen für die technischen Berufe herrscht, auf der anderen Seite aber viele Akademiker arbeitslos sind. In der Verwaltung und in der Wirtschaft gibt es für sie keine entsprechenden Arbeitsplätze. Die Enttäuschung treibt sie geschlossen in radikale Parteien. Sehr viele von ihnen gehören der Kommunistischen Partei an. Das Erstaunlichste an der indischen Kommunistischen Partei ist, daß die höheren Funktionäre nicht aus der Arbeiterschicht, sondern aus akademischen Kreisen kommen. Wenn sich die wirtschaftliche Situation in Indien nicht in unmittelbarer Zukunft ändert, stellt dies für die indische Demokratie eine ernste Gefahr dar. Im Zuge einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung wird sich die indische Prestigestruktur zwangsläufig ändern. Es werden auch in Verwaltung und Wirtschaft mehr Stellen geschaffen werden, die mit akademisch gebildeten Kräften besetzt werden können. Das wird die durch die Situation radikal gewordenen Elemente wieder neutralisieren.

VIII

Die Ziele, die die Kongreßpartei verfolgt, lassen sich am besten anhand der folgenden Basic Decisions darstellen, die die Kongreßregierung ihrem zweiten Fünfjahresplan als Präambel voranstellte⁴⁾:

1. Der zweite Plan muß umfassend und mächtig genug sein, damit ein Anfang gemacht werden kann, die indische Wirtschaft über die Schwelle der Rückständigkeit zu bringen.
2. Indien wird zuerst und vor allem seine Landwirtschaft und seine ländliche Bevölkerung entwickeln.
3. Indien wird seine Industrien entwickeln, aber mit sorgfältiger Ausgewogenheit zwischen Groß- und Kleinindustrie. Die Schwerindustrie bildet das Fundament für das wirtschaftliche Wachstum, die traditionelle Kleinindustrie und das Handwerk sind wesentlich für die Beschäftigung und die soziale Stabilität.
4. Indien wird seine Lebenshaltung und seinen Verbrauch im Gleichschritt mit dem Aufbau der Industrie heben.
5. Indien wird alle Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wachstums wahrnehmen, soweit sie in Übereinstimmung stehen mit der Demokratie, um den Wohlstand der Nation und des Volkes zu fördern.
6. Indien wird die Situation aller Gruppen und Klassen seiner Bevölkerung, und zwar in allen Teilen des Landes, verbessern, so daß eine zunehmende Gleichheit des Einkommens und der sozialen Bedingungen geschaffen wird.
7. Indien wird auf jeder Stufe des Fortschritts die ländliche Bevölkerung in die Planung und Entwicklung einbeziehen, so daß ihre Initiative, ihre Energie und ihre Kooperation so geweckt und gesichert werden, daß sie ein konstruktives und schöpferisches Instrument der Entwicklung selbst darstellt.
8. Indien wird bei allen seinen Plänen und seiner Politik die Freiheit des Individuums als höchstes und einziges Ziel vor Augen haben.

IX

Im kommenden Jahr werden in Indien die dritten allgemeinen Wahlen stattfinden. Ohne eingehende Meinungsforschung ist es unmöglich, eine Wahlprognose aufzustellen.

4) The New India — Progress through Democracy —, Planning Commission, Govt. of India, New York 1958, S. 39—63.

Außerdem ist es noch zu früh dazu. Man kann aber einige Möglichkeiten in Erwägung ziehen und deren Konsequenzen aufzeigen. Bisher hat keine andere Partei als der Indische Nationalkongreß zur Stabilität der indischen Regierung beigetragen. Berücksichtigt man ferner die Tendenzen, die sich nach den ersten beiden Wahlen abzeichneten, dann kann man annehmen, daß auch 1962 die Kongreßpartei mit einer großen Mehrheit gewinnen wird. Würden sich die demokratischen Elemente der Opposition zusammenschließen, dann bestände die Alternative nicht in der Ideologie, sondern nur in der Methode zur Erreichung des gleichen Zieles. Ein solcher Zusammenschluß ist aber ein verfrühter Wunsch, denn es besteht keine reale Chance der Verwirklichung. Leider geht die Tendenz genau in die entgegengesetzte Richtung. Noch 1959 wurde eine neue demokratische Partei, die *Swatantra Party*, gegründet. Sie plädiert für eine freie Marktwirtschaft, also für eine Wirtschaftsform, für welche die 'Voraussetzungen' in Indien weder heute vorhanden sind noch vielleicht in 20 Jahren geschaffen werden können.

Die Spaltung der demokratischen Kräfte und die Gründung neuer demokratischer Parteien ist meines Erachtens nicht darauf zurückzuführen, daß grundsätzliche Unterschiede in der Zielsetzung bestehen. Ursache hierfür sind vielmehr persönliche Interessen. Verantwortlich dafür ist die besondere Situation in Indien, wo die Parteipolitik im richtigen Sinne erst nach der Unabhängigkeit plötzlich begann. Es gibt eine Reihe von Persönlichkeiten, die innerhalb des Indischen Nationalkongresses für die Unabhängigkeit gekämpft und unter der Fremdherrschaft besonders gelitten haben. Als aber die Kongreßpartei die Regierung bildete, gab es nicht genügend Regierungsposten für alle diejenigen, die sich besondere Verdienste im Unabhängigkeitskampf erworben hatten. Sie traten daher aus persönlichen Gründen aus der Partei aus und begründeten ihren Austritt nachträglich mit der Erklärung, die Kongreßpartei sei von ihren eigentlichen Zielen abgewichen, und deshalb sei die Gründung einer neuen, auf Gandhis Theorie fußenden Partei notwendig, um die Ziele der Unabhängigkeitsbewegung zu verwirklichen. Interessanterweise berufen sich die Führer aller dieser neuen Parteien auf Gandhi, was sie aber keinesfalls davon abhält, verschiedene Parteien zu gründen.

Die Generationenfrage spielt hier auch eine sehr große Rolle. Die Führung aller politischen Parteien in Indien liegt in den Händen der älteren Generation, die heute etwa 60 und mehr Jahre alt ist. Diese Generation hat den Unabhängigkeitskampf geführt und sehr viele persönliche Opfer auf sich genommen. Sie leitet daraus das Recht ab, die führenden Stellungen in allen Bereichen einzunehmen. Hinzu kommt noch die besondere indische Prestigestruktur, die das Phänomen noch klarer macht. Aber schon die nächste Generation wird sich nicht mehr auf dieses Recht berufen können, und in etwa zehn Jahre könnte es so weit sein, daß sich die demokratischen Kräfte zusammenschließen und dann tatsächlich eine Alternative zur Kongreßpartei darstellen. Die indische Einparteiendemokratie von heute steht einer solchen Entwicklung in keiner Weise entgegen.

Was mir bedenklich erscheint, ist das Wachsen der Kommunistischen Partei. Wenn sich die Kommunistische Partei langsam zu einer Alternative zur Kongreßpartei entwickelt, dann werden die Wähler nicht mehr die Wahl zwischen zwei demokratischen Parteien haben, sondern zwischen Demokratie und totalitärem System. Wenn es der jetzigen indischen Regierung gelingt, die wirtschaftliche Entwicklung wie vorgesehen weiterzuführen, dann wird es nicht zu dieser Entwicklung kommen.

Die Stärke der Kommunistischen Partei liegt in der straffen Organisation und den vielen akademisch gebildeten Mitgliedern. Man kann mit einiger Sicherheit sagen, daß das Wachsen der Kommunistischen Partei nicht auf der kommunistischen Ideologie beruht, sondern allein auf der schlechten wirtschaftlichen Situation. Die Kommunistische Partei profitiert von der Tatsache, daß es dem indischen Volk heute nicht wesentlich besser als während der Kolonialzeit geht. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage

DIE PARTEIPOLITISCHE SITUATION IN INDIEN

und die Verminderung der sozialen Unterschiede werden sich zuungunsten der Kommunistischen Partei auswirken.

Was die indischen Parteien anbetrifft, die auf religiöser oder sonstiger Basis arbeiten, so haben diese kaum eine Zukunft. Unter der Führung der Kongreßpartei wird das Volk langsam mit der Demokratie vertraut und gewöhnt sich an den säkularen Staat. Heute sind die Erinnerungen an die Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Hindus von 1946 im Volk noch sehr frisch. Überbleibsel wie die Jan Sangh und die Hindu Mahasabha werden aber mit der Zeit von der politischen Bühne Indiens verschwinden. Auch wird die Persönlichkeitswahl die Entwicklung zum Zweiparteiensystem fördern.